



Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen

Sektion Politische Psychologie

Angewandte Sozialpsychologie

Newsletter Dezember 2024

In dieser Ausgabe:

AKTUELLES

1. **Deutscher Frauenrat: 30 Jahre Grundgesetzzusatz – Ökonomische Eigenständigkeit von Frauen ist überfällig**
2. **Deutscher Frauenrat: Vom Gedöns zum Lippenbekenntnis – 30 Jahre Nach dem Gleichstellungsgebot kämpfen Frauen mit alten Problemen**
3. **Deutscher Frauenrat: G20 Gipfel in Brasilien fordert Ungleichheit zur verringern**
4. **FidAR: Politische Gespräche zur Entwicklung der Gleichstellung**
5. **Deutscher Frauenrat: 73 Verbände fordern Zustimmung zum interfraktionellen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs**
6. **FidAR: Ziel der Parität in Führungspositionen**
7. **Barrieren und Brücken zur psychotherapeutischen Versorgung: Schwerpunkt Wohnungslosigkeit. Onlineveranstaltung der Psychologischen Hochschule Berlin und der Sektion Politische Psychologie im BDP**
- 8.

VERÖFFENTLICHUNGEN

1. **DIW Berlin: Einstellungen zu Geschlechterrollen sind in Deutschland im Laufe der Zeit elitärer geworden**
2. **Deutscher Frauenrat: Petitionsübergabe – „Gewaltschutz für alle – jetzt!“**
3. **DIW Berlin: Umweltzonen in Deutschland – Emissionsbegrenzungen verbessern Bildung und psychische Gesundheit**
4. **Polizeiliche Gefährdungsanalysen zu Tötungsdelikten in Partnerschaft und Familie („GaTe“) – Psychologische**

**Hochschule Berlin, Deutsche Hochschule der Polizei und Polizeipräsidium
Ravensburg entwickeln standardisiertes Risikoanalyseinstrument**

- 5. Global Psychology Alliance (GPA): Aufruf zur aktiven Unterstützung der Demokratie durch Psychologinnen und Psychologen (Ausschnitt aus der auch vom BDP getragenen Erklärung)**
- 6. DIW Berlin: Die psychische Gesundheit jüngerer Menschen in Deutschland - Ein besorgniserregender Trend**

AKTUELLES

- **Deutscher Frauenrat: 30 Jahre Grundgesetzzusatz – Ökonomische Eigenständigkeit von Frauen ist überfällig**

Vor 30 Jahren wurde mit einer **Ergänzung des Grundgesetzes** die Verpflichtung des Staates eingeführt, die **tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern** aktiv durchzusetzen. Trotz dieses Meilensteins ist die Gleichstellung bis heute nicht erreicht, wie zahlreiche Unterschiede zwischen den Geschlechtern in Bereichen wie Lohn, Karrierechancen und Sorgearbeit zeigen. Für die ökonomische Gleichstellung von Frauen und Männern ist insbesondere die fair geteilte Sorgearbeit von zentraler Bedeutung.

Das **Bündnis „Sorgearbeit fair teilen“**, dem **32 Organisationen** angehören, betont, dass eine partnerschaftliche Aufteilung von unbezahlter Sorgearbeit, gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und eine gerechte Verteilung von Führungspositionen in Wirtschaft und Politik dringend erforderlich sind. Frauen können wirtschaftlich eigenständig nur dann agieren, wenn Sorgearbeit, etwa die Betreuung von Kindern und Pflege von Angehörigen, gleichberechtigt von beiden Geschlechtern übernommen wird.

Die **gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen in Deutschland** fördern jedoch weiterhin eine **ungleiche Verteilung von Erwerbsarbeit und unbezahlter Sorgearbeit**. Dies führt dazu, dass Frauen im Vergleich zu Männern geringere Einkommen, weniger Vermögen und eine deutlich höhere Anfälligkeit für Armut haben. Um dies zu ändern, fordert das Bündnis Maßnahmen wie eine bezahlte Freistellung für Väter nach der Geburt, zusätzliche nicht-übertragbare Elterngeldmonate und die Einführung eines Lohnersatzes für Pflegephasen. Der 1994 eingeführte Verfassungsauftrag zur Förderung der Gleichstellung müsse endlich mit konkreten Schritten umgesetzt werden.

Die **faktische Gleichstellung** der Geschlechter ist nicht nur eine **Frage der Gerechtigkeit**, sondern auch entscheidend für die **Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft**. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch rechtsextreme politische Kräfte ist sie zudem ein elementarer Bestandteil der Demokratie. Das Bündnis betont, dass Frauen an allen Entscheidungsprozessen beteiligt sein müssen, um die tatsächliche Gleichstellung zu erreichen. Mit ihrem Einsatz setzt sich das Bündnis dafür ein, die gesellschaftliche Bedeutung der Sorgearbeit ins Bewusstsein zu rücken und die bestehenden Ungleichheiten zu beseitigen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur Pressemitteilung des **Bündnisses „Sorgearbeit fair teilen“**:

<https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2024/11/BSFT-PM-GG.pdf>

- **Deutscher Frauenrat: Vom Gedöns zum Lippenbekenntnis – 30 Jahre Nach dem Gleichstellungsgebot kämpfen Frauen mit alten Problemen**

Der **Deutsche Frauenrat** moniert anlässlich des **30-jährigen Jubiläums des Gleichstellungsgebots im Grundgesetz** das schleppende Tempo in der Geschlechtergleichstellung. Trotz des **verfassungsmäßigen Auftrags zur aktiven Förderung der Gleichstellung** wurden grundlegende Probleme, die Frauen im Alltag betreffen, wie ungleiche Verteilung von Sorgearbeit, Entgeltungleichheit, Armutsgefährdung und mangelnder Schutz vor Gewalt, über Jahrzehnte hinweg nicht wirksam angegangen.

Laut der Vorsitzenden des Frauenrats, **Dr. Beate von Miquel**, sind diese **Herausforderungen seit langem bekannt**, doch weder die Ampelregierung noch ihre Vorgänger haben ausreichende Maßnahmen ergriffen, um die strukturellen Defizite zu beseitigen. Stattdessen ist Gleichstellungspolitik oft auf Lippenbekenntnisse beschränkt geblieben. Besonders in krisenhaften Zeiten wurden frauenpolitische Anliegen vernachlässigt, obwohl Gleichstellung eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen spielt.

Zu den **zentralen Versäumnissen** zählt die fehlende Einführung von verbindlichen Gleichstellungsstrategien, wie einem Gleichstellungsscheck für Gesetze oder Gender Budgeting in öffentlichen Haushalten. Auch Maßnahmen zur Förderung der ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen wurden nicht ausreichend umgesetzt. Frauen tragen weiterhin die Hauptlast bei der Kinderbetreuung und Pflege von Angehörigen, was ihre beruflichen Perspektiven beeinträchtigt. Hinzu kommen Nachteile im Steuerrecht, ein anhaltender Gender Pay Gap und unzureichender Schutz vor Gewalt.

Der Frauenrat hebt hervor, dass **dringend notwendige Reformen** wie die Ausweitung nicht übertragbarer Elterngeldmonate, eine Lohnersatzleistung für pflegende Angehörige oder eine bezahlte Freistellung des zweiten Elternteils nach der Geburt eines Kindes nicht realisiert wurden. Auch familienrechtliche Reformen und die Einführung einer Kindergrundsicherung wurden verschleppt oder gar nicht umgesetzt.

Obwohl es in den letzten Jahrzehnten Fortschritte bei der Beseitigung von Diskriminierungen im Bürgerlichen Gesetzbuch sowie im Arbeits-, Sozial-, Straf- und Familienrecht gab, fordert der Frauenrat, dass der Staat seinen **Verpflichtungen aus Artikel 3 Absatz 2 des Grundgesetzes** endlich **nachkomme**. Nur durch **mutige und entschlossene Maßnahmen** könne eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter erreicht und bestehende Benachteiligungen abgebaut werden.

- **Deutsche Frauenrat: G20 Gipfel in Brasilien fordert Ungleichheit zur verringern**

Im Rahmen des **zweitätigen G20-Gipfeltreffens in Rio de Janeiro** haben sich die Staats- und Regierungschefs bereits am ersten Tag, den **18. November 2024**, auf eine **Abschlussklärung** geeinigt. Dem **Gastgeber Brasilien** gelang es zentrale Punkte seiner G20-Präsidentschaft in dem Dokument unterzubringen, hierzu gehören der Kampf gegen Ungleichheit, Hunger und die Klimakrise sowie eine Reform der internationalen Organisationen. Die Kriege in Nahost und der Ukraine wurden in dem Dokument nur knapp erwähnt.

Ein **zentraler Punkt** ist der **Kampf gegen Ungleichheit**, wobei ein Schwerpunkt auf der Gleichstellung der Geschlechter liegt. Hierbei geht es um verschiedene Themen und Eigenverpflichtungen der G20, die jedoch allgemein gehalten sind, wie die Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt, die Umverteilung der Sorgearbeit, die Förderung von Digitalisierung und der Schutz und vor Gefahren, die Peking +30, die Post-Brisbane und die UN-Reform.

Einige **Forderungen des Women20 Communiqués** wurden von den Staats- und Regierungschefs der G20-Länder wurden zwar übernommen, jedoch fehlt eine Festlegung auf finanzielle Ressourcen, die den geplanten Maßnahmen unterlegt sind.

Südafrika übernimmt **ab dem 1. Dezember 2024** den nächsten **G20-Vorsitz**. Auf der Agenda von Südafrika stehen Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit sowie ein regionaler Schwerpunkt auf Afrika.

- **FidAR: Politische Gespräche zur Entwicklung der Gleichstellung**

Die letzte Zeit stand im Zeichen **intensiver politischer Gespräche zur Gleichstellung der Geschlechter**, bei denen wichtige Themen diskutiert wurden. **Bundesministerin Lisa Paus** sprach mit Initiatorinnen und Verbündeten der **Berliner Erklärung**, die Millionen Frauen in Deutschland repräsentieren, über politische Prioritäten. Das **Gewalthilfegesetz** hat die größten Chancen auf Verabschiedung, jedoch wird zivilgesellschaftliches Engagement weiterhin benötigt, etwa durch die Unterstützung der **Petition „Stoppt Gewalt gegen Frauen – JETZT!“**. Eine Rückschlagmeldung gab es zur EU-Führungspolitikenrichtlinie, da die Bundesregierung eine Ausstiegsklausel nutzt. **FidAR** kündigte an, sich weiterhin intensiv für die **Erweiterung bestehender FüPo-Gesetze** einzusetzen.

Im Rahmen internationaler Programme tauschte sich **Monika Schulz-Strelow** mit **Delegationen aus Armenien, Georgien und der Ukraine** sowie aus der **MENA-Region** aus. In Armenien sind Frauen zwar stark in der Hochschulbildung vertreten, aber unterrepräsentiert in Führungspositionen, was einen Kulturwandel erfordert. In der Ukraine sind Frauen zu 40 Prozent in politischen Ämtern vertreten, stehen jedoch vor besonderen Herausforderungen durch den Krieg. In der MENA-Region wurde der deutsche Weg zur Einführung von Führungspositionengesetzen diskutiert und betont, wie wichtig unabhängige Netzwerke für die Gleichstellung sind.

Ergänzend wurde auf die **Publikation „A New Gender Equality Contract for Europe“** hingewiesen. Sie fordert ein feministisches Konzept für die EU-Politik und betont, dass Demokratie ohne Geschlechtergleichheit nicht vollständig sei. Ziel ist ein neuer „Gendervertrag“ für ein gerechteres Europa.

- **Deutscher Frauenrat: 73 Verbände fordern Zustimmung zum interfraktionellen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs**

Am **28. November 2024** hat eine breite **Allianz aus 73 Verbänden** einen **gemeinsamen Appell** an die Abgeordneten der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag veröffentlicht. Der Appell enthält die Aufforderung, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier den **interfraktionellen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs unterstützen**, den 236 Abgeordnete vor zwei Wochen eingebracht hatten. Die im Gesetzentwurf vorgeschlagenen Veränderungen werden von den Verbänden begrüßt, weil sie darin einen wichtigen Schritt zur Umsetzung langjähriger gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Forderung sehen. Auch **80 Prozent** der Menschen in Deutschland **befürworten** diese Gesetzesänderung.

Der Gesetzentwurf sieht vor, Schwangerschaftsabbrüche **bis zur 12. Woche zu entkriminalisieren**, sie **aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen** und **im Schwangerschaftskonfliktgesetz zu regeln**. Gleichzeitig sollen **Kosten von den Krankenkassen übernommen** und die **verpflichtende dreitägige Wartezeit nach Beratungsgesprächen abgeschafft** werden. Schwangerschaftsabbrüche **gegen den Willen der Betroffenen bleiben strafbar**.

Die **Verbände betonen die Notwendigkeit** dieser Reform, um die Gesundheitsversorgung ungewollt Schwangerer zu verbessern und eine langjährige gesellschaftliche Einigung umzusetzen, da auch 80 Prozent der Deutschen diese Änderungen befürworten. Sie appellieren an die Abgeordneten, dem Entwurf zuzustimmen und die Versorgungssituation für Betroffene zu stärken. Die Zeit für politische Entscheidungen sei gekommen, um ein historisches Signal für die Rechte ungewollt Schwangerer zu setzen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur Pressemitteilung zum **Verbändebrief „Gesetzesentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs“**:

https://www.frauenrat.de/wp-content/uploads/2024/11/Pressemitteilung-Verbaendebrief-Gesetzesentwurf-zur-Neuregelung-des-Schwangerschaftsabbruchs_final.pdf

- **FidAR: Ziel der Parität in Führungspositionen**

Die vergangene Zeit bot zahlreiche Gelegenheiten für **FidAR**, über das gemeinsame Ziel, **Parität in Führungspositionen**, mit unterschiedlichen Akteur*innen ins Gespräch zu kommen.

Eine Gelegenheit bot die Vorstellung des **Public Women-on-Board-Index in Düsseldorf**. Bei dieser Veranstaltung wurde nicht nur die landesspezifische Studie präsentiert und mit Vorstandsmitgliedern der Region diskutiert, sondern auch die Unterstützung von **Ministerin Josephine Paul** deutlich, die das Anliegen aktiv bekräftigte.

Auch ein **virtueller Mittagslunch** widmete sich einem wichtigen Thema: Gemeinsam mit **Peggy Kopkow, Regionalvorstand Ost**, und **Claudia Geist, stellvertretende Büroleiterin des Ostbeauftragten des Bundeskanzleramts**, wurde die Frage erörtert, ob das Ost-West-Thema weiterhin relevant sei. Die klare Antwort lautete: Ja, um die eklatante Unterrepräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen sichtbar zu machen und anzugehen. Besonders hervorgehoben wurde die Transformationskompetenz, die viele Ostdeutsche seit der Wende entwickelt haben – eine Fähigkeit, die heute an Entscheidungstischen wichtiger denn je ist.

Ein weiteres Highlight war der **Austausch beim Bundesverband der Personalmanager:innen (BPM)**, wo über die **Rolle des HR-Bereichs** bei der Förderung von Gleichberechtigung diskutiert wurde. Personaler*innen gestalten nicht nur die Strukturen und Rahmenbedingungen für Karrieren, sondern sind neben den Top-Führungskräften wichtige Adressat*innen, wenn es um die Förderung von Parität geht.

Ein spannendes und gut besuchtes Format war die **virtuelle Diskussion mit Sabine Dietrich, Marc Tüngler** und **Peter Ruhwedel** zur **wirksamen Aufsichtsratsarbeit**. Über 100 Teilnehmende verfolgten die Debatte, die durch Einblicke in die aktuelle Studie des diep-Instituts bereichert wurde. Die Präsentationsfolien dazu stehen im Mitgliederbereich zur Verfügung.

Die **Jahresausklänge in Hamburg und der Region Süd** boten Raum für Reflexion und Dank. In Hamburg verabschiedete sich **Kirsten Soyke** mit einem abwechslungsreichen Programm, das von vielen kleinen Reden und großen Dankesworten geprägt war, bevor sie den Staffelnstab an **Anja Hartmann** übergab. Zeitgleich blickte **Heike Leise** in der Region Süd auf ein ereignisreiches Jahr mit 17 Veranstaltungen zurück. Einen besonderen Impuls setzte **Magdalena Rogl** (Microsoft), die in ihrem Beitrag zum Imposter-Syndrom betonte: „Je mehr KI wir kriegen, desto mehr emotionale Intelligenz brauchen wir.“

- **Barrieren und Brücken zur psychotherapeutischen Versorgung: Schwerpunkt Wohnungslosigkeit. Onlineveranstaltung der Psychologischen Hochschule Berlin und der Sektion Politische Psychologie im BDP**

Das deutsche Gesundheitssystem hat den Anspruch, im Krankheitsfall allen Menschen schnelle Behandlung zu ermöglichen. Doch wie umfassend gilt das für psychotherapeutische Behandlungen? Haben wirklich alle den gleichen Zugang? Wie werden Menschen mit kognitiven oder körperlichen Beeinträchtigungen oder Menschen in prekären sozioökonomischen Situationen unterstützt? Und wie steht es um den Zugang älterer Menschen zu psychotherapeutischen Angeboten? Diese Fragen wollen wir im Rahmen unserer **Vortragsreihe „Psychologie und Gesellschaft“**, die die **PHB in Kooperation mit der Sektion Politische Psychologie des Berufsverbands Deutscher Psychologinnen und Psychologen** anbietet, öffentlich diskutieren.

Menschen ohne eigenen bzw. festen Wohnsitz stehen vor besonders hohen Hürden, wenn es um den Zugang zu psychotherapeutischer Versorgung geht. Neben den bereits bestehenden Barrieren, wie Bürokratie, Stigmatisierung und einem oft begrenzten Therapieangebot, kämpfen Wohnungslose zusätzlich mit spezifischen Herausforderungen. Die PHB lädt vor diesem Hintergrund zu einer **öffentlichen Podiumsdiskussion** ein, bei der Expert*innen aus den Bereichen Wohnungslosigkeit, öffentliches Versorgungssystem, soziale Organisationen und sowie Forscher*innen ihre Perspektiven einbringen. Gemeinsam mit dem Publikum sollen die **Ursachen** dieser Hürden **erörtert** und **praxisnahe Lösungsansätze skizziert** werden.

Die Veranstaltung bietet **Raum für eine interaktive Diskussion über die Verantwortung verschiedener Akteur*innen** und die **Frage, wie das Versorgungssystem verbessert werden kann**. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Lebensrealität wohnungsloser Menschen und darauf, wie Psycholog*innen einen Beitrag leisten können, diese Barrieren abzubauen.

Diskutant*innen: **Stefan Schneider** (Wohnungslosenstiftung), **Manja Starke** (Wohnungslosenstiftung), **Robert Ringel** (Bezirksamt Treptow-Köpenick), **Christoph Müller** (Haus Hebron), **Julius Hohenthal** (PHB) und **Ines Blumenhoven** (Expertin in eigener Sache).

Termin: **21. Januar 2025 • 19 Uhr**. **Anmeldungen** über die Website <https://www.psychologische-hochschule.de/>

VERÖFFENTLICHUNGEN

- **DIW Berlin: Einstellungen zu Geschlechterrollen sind in Deutschland im Laufe der Zeit egalitärer geworden**

Die Studie **„Einstellungen zu Geschlechterrollen sind in Deutschland im Laufe der Zeit egalitärer geworden“** des **Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)** beleuchtet die Entwicklung gesellschaftlicher Einstellungen zur Rolle der Frau in Deutschland über die letzten Jahrzehnte. Die Basis der Studie sind Daten des **World Value Survey**. Untersucht wurden die Rollen von Männern und Frauen am Arbeitsmarkt, in der Familie, Bildung oder Politik und wie diese dem zeitlichen Wandel unterliegen.

Seit vielen Jahren hat sich das **Frauenbild in Deutschland** erheblich **modernisiert**. Besonders deutlich wird dies in der Ablehnung traditioneller Rollenbilder, wie der Aussage „Männer sollten bei Jobknappheit mehr Recht auf einen Job haben als Frauen“. Bis 2017 stieg die Ablehnungsrate dieser

Ansicht auf über 80 % und es stimmen somit mehr als drei Viertel aller Befragten dieser Aussage nicht mehr zu.

Es gibt jedoch immer noch **Unterschiede innerhalb der Gesellschaft**, so zeigen Frauen, jüngere Personen, Personen mit Hochschulabschluss und Personen aus Ostdeutschland egalitärerer Einstellungen als Männer, ältere Personen und Personen ohne Hochschulabschluss.

Im **internationalen Vergleich** gehört Deutschland zu den Ländern mit modernen Geschlechterrollen, jedoch liegt Deutschland trotzdem hinter den nordischen Staaten. Deutschland erreicht in der jüngsten Erhebung im Jahr 2017 einen Frauenbild-Score von 0,79, während Schweden mit einem Score von 0,90 den höchsten Score in ganz Europa vorweisen kann. Länder wie Italien zeigen hingegen einen stagnierenden Wandel mit einem Score von 0,67. Der durchschnittliche Frauenscore in den EU-Mitgliedsländern liegt bei 0,74, womit Deutschland immer noch leicht über dem Durchschnitt liegt.

In der **näheren Betrachtung der vier untersuchten Bereiche**, Arbeitsmarkt, Familie, Bildung und Politik zeigen sich Fortschritte in den letzten Jahren. Lediglich das Frauenbild in dem Bereich Familie lag im gesamten betrachteten Zeitraum unter den Werten der anderen Bereiche, was auf einen geringeren Modernisierungsstand hindeutet. Von 2010 bis 2017 ist der Modernisierungsstand in diesem Bereich sogar zurückgegangen.

Die Studie zeigt, dass sich das Frauenbild in Deutschland über die letzten Jahrzehnte deutlich modernisiert hat. Dennoch bleibt Deutschland hinter den Spitzenreitern wie den skandinavischen Ländern zurück. Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen, dass die **Modernisierung von Geschlechterrollen ein kontinuierlicher Prozess** ist, der von vielen Faktoren beeinflusst wird.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu der **gesamten Studie**:

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.925667.de/24-46-3.pdf

- **Deutscher Frauenrat: Petitionsübergabe – „Gewaltschutz für alle – jetzt!“**

Am **25. November 2024** nahm **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Lisa Paus** den von **Deutschem Frauenrat** und **UN Women** initiierten Brandbrief **„Stoppt Gewalt gegen Frauen – Jetzt!“** entgegen. Durch das Ende der Ampel und der angedeuteten Ablehnung durch die Unionsfraktion droht das Gewalthilfegesetz keine Mehrheit im Bundestag zu bekommen, obwohl laut aktuellen BKA-Lagebild jeden Tag eine Frau oder ein Mädchen (davon jeden 2.Tag von einem (Ex) Partner) in Deutschland getötet wird und 14.000 Frauenhausplätze fehlen.

Der Brandbrief sammelte innerhalb kürzester Zeit zehntausende Unterschriften und wurde von zahlreichen prominenten Persönlichkeiten unterstützt, welche fordern, dass die Politik nicht länger untätig bleiben dürfe.

- **DIW Berlin: Umweltzonen in Deutschland – Emissionsbegrenzungen verbessern Bildung und psychische Gesundheit**

In der Studie **„Umweltzonen in Deutschland: Emissionsbegrenzungen verbessern Bildung und psychische Gesundheit“** des **DIW Berlin** wurden die **Auswirkungen von Umweltzonen auf Schulleistungen und psychische Gesundheit in Deutschland** untersucht. Ab 2008 wurden in deutschen Städten Umweltzonen eingeführt, mit dem Ziel die EU-Grenzwerte für Luftschadstoffe einzuhalten. In bisherigen Studien zeigen sich positive Effekte auf Luftqualität und physische

Gesundheit. Die Untersuchung basiert auf **administrativen Schul- und Gesundheitsdaten**. Die vorliegende Studie belegt **kausale Effekte** auf Schulerfolg und die mentale Gesundheit.

Ein Ergebnis war die **Verbesserung der Luftqualität**, die auf die Reduktion der Schadstoffbelastung durch die Einführung von Umweltzonen zurückzuführen ist. Feinstaub (PM₁₀) sank in Umweltzonen um 10,4 Prozent, Stickstoffdioxid (NO₂) um 15,3 Prozent und die Belastung mit PM_{2,5} um 3,1 Prozent. Die Schadstoffreduktionen trugen sowohl zur Senkung von Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei als auch zur Verbesserung der kognitiven Fähigkeiten der Bevölkerung.

Ein weiterer positiver Effekt waren die **Auswirkungen auf die Bildung**. In Gebieten mit Umweltzonen stieg die Übergangsrate von Grundschüler*innen auf Gymnasien um einen Prozentpunkt, von 38,9 auf 39,9 Prozent. Dieser Anstieg deutet darauf hin, dass die verbesserte Luftqualität die Lernfähigkeit stärkte und Bildungschancen verbesserte. Die Studie zeigt, dass Umweltzonen in soziökonomisch benachteiligten Gebieten eine stärkere Wirkung entfalten. Dort förderten sie den Bildungserfolg und trugen zur Verringerung sozialer Bildungsungleichheiten bei.

Ein weiterer wichtiger Aspekt war die **Verbesserung der mentalen Gesundheit**. Es ist eine Steigerung der psychischen Gesundheit zu erkennen, die sich anhand des Rückgangs von Antidepressiva-Verschreibungen um 4 Prozent und den sinkenden Diagnosen von Depressionen und Angststörungen um 3,5 bzw. 4,2 Prozent. Besonders jungen Menschen im Alter von 15 – 29 Jahren profitierten stark.

Allgemeine **langfristige gesellschaftliche Vorteile** sind, dass Umweltzonen die sozialen Ungleichheiten in Bildung und Gesundheit verringern können, insbesondere in benachteiligten städtischen Gebieten und die Ergebnisse unterstützten die Notwendigkeit von Umweltmaßnahmen.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Studie zeigt, dass Umweltzonen nicht nur die Luftqualität, sondern auch Bildungschancen und die mentale Gesundheit verbessern. Die Ergebnisse verdeutlichen die **Bedeutung von Umweltmaßnahmen** wie z.B. der Einführung von Umweltzonen.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **gesamten Studie**:

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.927082.de/24-47-2.pdf

- **Polizeiliche Gefährdungsanalysen zu Tötungsdelikten in Partnerschaft und Familie („GaTe“) – Psychologische Hochschule Berlin, Deutsche Hochschule der Polizei und Polizeipräsidium Ravensburg entwickeln standardisiertes Risikoanalyseinstrument**

Laut **Polizeilicher Kriminalstatistik** kam es im Jahr 2023 bundesweit durchschnittlich einmal pro Tag zu einer **versuchten oder vollendeten Tötung in einer (Ex-)Partnerschaft**; im Mittel **starb jeden zweiten Tag eine Person**. Das vom **Bundesministerium für Bildung und Forschung** geförderte **Forschungsprojekt** untersuchte **Warnsignale im Vorfeld von Tötungsdelikten in bestehenden und ehemaligen Partnerschaften** (sogenannte Intimizide). Ziel des gemeinsam durchgeführten Projekts war es, wissenschaftlich gesicherte Kriterien festzulegen, um Tatrisiken besser einschätzen zu können. Im weiteren Verlauf wurden diese Kriterien in ein Risikoanalyseinstrument

überführt, um daraus Ansätze zur Vorgehensweise in der Praxis zu gewinnen.

Die **wichtigsten Ergebnisse des Projekts** wurden nun in einer **Presseerklärung** beschrieben. Die Projektpartner konnten Empfehlungen für den polizeilichen Umgang mit Warnhinweisen sowie mit Partnerschaftsgewalt ableiten und ein umfangreiches Schulungskonzept entwickeln. Bereits während der Projektlaufzeit wurden verschiedene Zwischenergebnisse veröffentlicht, darunter auch ein

systematisches Literaturreview, das zeigen konnte, dass Tatankündigungen und andere Warnsignale auch bei Intimiziden eine Rolle spielen

(<https://journals.sagepub.com/doi/full/10.1177/15248380241237213>).

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zur **Pressemitteilung**:

https://www.psychologische-hochschule.de/wp-content/uploads/2024/12/GaTe_Pressemitteilung_Dez2024.pdf

Bei **Interesse an Schulungen** zum Risikoanalyseinstrument GaTe-RAI zur Prävention von Intimiziden melden Sie sich gern bei r.bondue@phb.de.

- **Global Psychology Alliance (GPA): Aufruf zur aktiven Unterstützung der Demokratie durch Psychologinnen und Psychologen (Ausschnitt aus der auch vom BDP getragenen Erklärung)**

„Als globale Psychologen- und Psychologieverbände, die sich für das Wohlergehen von Einzelpersonen und Gemeinschaften engagieren, weisen die unterzeichnenden **Mitglieder der Global Psychology Alliance (GPA)** auf die tiefgreifenden **Auswirkungen sozialer und politischer Faktoren auf die psychische Gesundheit** hin. Die GPA appelliert an unsere **Psychologenkollegen weltweit**, sich für den Schutz und die Förderung demokratischer Systeme als Mittel zur Verbesserung der Gesundheit weltweit einzusetzen.

Lassen Sie uns **unsere Erfahrung nutzen**, um die Gemeinden, politische Entscheidungsträger und Führungskräfte über die wichtige Verbindung zwischen demokratischen Systemen und psychischer Gesundheit aufzuklären und uns gegen anti-demokratische Kräfte zu stellen, die das Wohlergehen von Einzelpersonen und Gemeinschaften bedrohen.

Indem sie das tut, greift die **Psychologie in Forschung und Praxis** das Streben nach einer Gesellschaft auf, in der alle Menschen die Möglichkeit haben, sich frei von psychischem Leid, das durch Korruption, Gewalt und Unterdrückung verursacht wird, zu entfalten.

Die GPA ist vereint, um **demokratische Systeme** als ein politisches Ideal und als Grundpfeiler der psychischen Gesundheit und des menschlichen Wohlergehens **zu (unter)stützen**.“

- **Die psychische Gesundheit jüngerer Menschen in Deutschland: Ein besorgniserregender Trend**

Die **psychische Gesundheit jüngerer Menschen in Deutschland** hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert. Eine **aktuelle Studie** des **Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW)** zeigt, dass insbesondere die **Corona-Pandemie als Katalysator** für einen bereits seit 2016 bestehenden **Abwärtstrend** gewirkt hat. Während sich die **psychische Gesundheit der über 50-Jährigen** nach der Pandemie wieder erholt hat, erreichte sie bei den **jüngeren Altersgruppen** im Jahr 2022 einen Tiefpunkt, der sogar unter dem Niveau von 2002 liegt. Diese Entwicklung steht in starkem **Kontrast zu früheren Krisen** wie der globalen Finanzkrise 2008–2010, bei der alle Altersgruppen ähnlich betroffen waren und sich vergleichbar schnell erholten. **Psychische Erkrankungen** führen nicht nur zu individuellem Leid, sondern auch zu **erheblichen wirtschaftlichen Kosten**. Im Jahr 2023 entfielen laut DAK-Krankenkasse 323 Fehltage je 100 Arbeitnehmer*innen auf psychische Erkrankungen – ein Anstieg um 52 % gegenüber 2013. Neben der Corona-Pandemie tragen wirtschaftliche Unsicherheiten, der Krieg in der Ukraine und der damit verbundene Stress maßgeblich zu diesem Negativtrend bei. Angesichts des **demografischen Wandels** und des **Fachkräftemangels** erlangt die psychische Gesundheit jüngerer Menschen jedoch eine herausragende Bedeutung.

Präventions- und Unterstützungsangebote, etwa im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements, müssen ausgebaut werden, um die langfristigen Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft zu minimieren. Die **Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen** ist dabei ein zentraler Schritt, um den Zugang zu Therapieplätzen zu erleichtern und den Betroffenen die notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Nur durch ein **entschlossenes gemeinsames Handeln von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft** kann die psychische Gesundheit jüngerer Menschen nachhaltig gestärkt und deren negativen Folgen entgegengewirkt werden.

Mit dem folgenden **Link** gelangen Sie zu dem **Bericht**:

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.929161.de/diw_aktuell_99.pdf

Liebe Mitglieder der Sektion Politische Psychologie des BDP,

wir wünschen Ihnen und Ihren Liebsten ein besinnliches und frohes Weihnachtsfest sowie einen erfolgreichen und guten Start in das neue Jahr.

Mit herzlichen Grüßen

Ihre Sektion Politische Psychologie

